

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1899

46 (23.2.1899) Parlaments-Ausgabe

Abgabe:
Wöchentlich zwölf mal.
Abonnementpreis:
Bierteljährlich:
in Karlsruhe durch
eine Agenturbezogen:
2 Mark 50 Pf., in
das Haus gebracht:
2 Mark 80 Pf., durch
die Post ohne Zustell-
gebühr 2 Mark 50 Pf.
Vorausbezahlung.

Badische Landeszeitung

Anzeigengebühren:
Die 12spaltige Zeile
wöchentlich oder deren
Raum für 20 Tage
Inserate 15 Pf., für
auswärtige In-
serate 20 Pf., im
Reklametext 60 Pf.
Bei größeren Auf-
trägen entsprechendes
Rabatt.

mit täglichem Unterhaltungsblatt und Verlosungsbeilage.

Parlaments-Ausgabe.

Karlsruhe, den 23. Februar 1899.

Parlamentarische Verhandlungen.

Karlsruhe ohne Vereinbarung nicht gestattet.

Deutscher Reichstag.

38. Sitzung vom 20. Februar.

Das Haus ist schwach besetzt.
1 Uhr. Vom Bundesratspräsidenten: Dr. Nieberding, Graf
Polodowsky u. A.

Das Konsultationsabkommen mit Peru wird in dritter
Lesung ohne Debatte genehmigt.

Es folgt die zweite Beratung des Justizgesetzes.
Beim Titel der Ausgaben „Gehalt des Staatssekretärs“

weilt

Abg. Dr. Spahn (C.) auf einige Ungleichheiten hin, die beim
Reichsgericht in Bezug auf die Gehalts- und Rangverhältnisse der
Senatspräsidenten herrschen. Redner klagt über die zunehmende
Ueberbürdung der Reichsgerichtsräte, und macht Vorschläge, wie
dem abgeholfen werden könne. Vor allem möchte das Reichsgericht
von solchen Sachen entlastet werden, die von geringerer praktischer
und juristischer Bedeutung seien.

Staatssekretär Dr. Nieberding: Ich kann es nur mit Ge-
währung begrüßen, daß der Abg. Spahn, nachdem er einen tiefen
Einsicht in die Thätigkeit des Reichsgerichts gehabt hat, denselben
Standpunkt eingenommen hat, den früher hier die verbündeten
Regierungen stets eingenommen haben. Leider ist ja im vorigen
Jahre die Erhöhung der Revisionssumme gescheitert. Ich
meine auch heute noch, daß eine Entlastung des Reichsgerichts
nur durch eine Erhöhung der Revisionssumme möglich sein wird.
Und die verbündeten Regierungen werden zweifellos bald wieder
diesen Weg zu betreten beantragen, da die Ueberbürdung
des Reichsgerichts nach dem Inkrafttreten des bürgerlichen
Gesetzbuchs noch größer werden wird. Leichten Herzens werden
wir diesen Weg allerdings nicht betreten, aber wir müssen
es dennoch thun, da ein anderer Weg nicht möglich ist,
um das Reichsgericht in Bezug auf Geiltsachen zu entlasten. In
Anzug auf Strafsachen erscheint es wünschenswert, daß die Staats-
anwälte die Revisionen, soweit es für die Interessen der Rechts-
pflege möglich ist, einschränken. Denn zweifellos werden die zahl-
reichen Revisionen der Staatsanwälte als Uebelstand empfunden
werden müssen. Das Reichsjustizamt hat sich in dieser Be-
ziehung schon an England in der Einzelregierung gewandt und
hat überall Entgegenkommen gefunden. Wir geben zu,
daß in Bezug auf die Gehalts- und Rangverhältnisse der Senats-
präsidenten beim Reichsgericht Ungleichheiten bestehen, wir haben
diese noch nicht beseitigen können und müssen den ranglosen Zu-
stand verläßtlich bestehen lassen. Ich verspreche jedoch, daß wir bei
der ersten Gelegenheit darauf zurückkommen und Abhilfe schaffen
werden.

Abg. Noeren (Str.) bringt wiederum die Frage der bedingten
Verurteilung zur Sprache, die sich in anderen Ländern, Dänemark,
Belgien, Schweden u. s. w. durchaus befindet. Der gesunde
Sinn der Männer aus dem praktischen Leben würde gerade am
besten entscheiden können, ob die Strafe vollstreckt werde oder nur
als bedingt gelten sollte. Er hoffe, daß die Frage endlich reichs-
gesetzlich geregelt werde. (Beifall im Centrum.)

Abg. Müller-Regensburg (fr. Sp.) spricht sich ebenfalls für die
Einführung der bedingten Verurteilung aus u. d. ergänzt die Aus-
führungen des Redners durch umfassendes Material. Auch in
Frankreich sei ein geradezu glänzender Resultat mit der bedingten
Verurteilung erzielt, ebenso in England. In diesen Ländern seien
auch erhebliche Ersparnisse an Gefängniskosten erzielt worden,
hauptsächlich durch die Herr von Miquel, der ja gerne spart,
geht auf die Seite der Freunde der bedingten Verurteilung
stellen. In Amerika habe man ebenfalls glänzende Erfahrungen
gemacht. Nach diesen Erfahrungen in anderen Ländern könne man
doch nicht mehr sagen, daß die Reichsregierung einen Sprung ins
Dunkle mache, wenn sie die bedingte Verurteilung einführt. Er hoffe,
daß deshalb auch endlich in Deutschland damit der Anfang gemacht werde,
er hoffe dies um so mehr, als man mit der bedingten
Begründung in Deutschland geradezu Haacko gemacht habe.
Die bedingte Verurteilung sei gegenüber der Kriminal-
statistik nur in ganz minimaler Weise angewendet worden.
Die Einführung der bedingten Verurteilung würde gar keine
Schwierigkeiten machen, auch die Kontrolle würde leichter sein als
bei der bedingten Verurteilung. Der Kriegsbürokratie habe schon
auf die Zunahme der jugendlichen Verbrecher hingewiesen, in den
Jahren 1882-92 habe die Kriminalität der Jugendlichen um
51,4 Proz. zugenommen, die der Erwachsenen nur um 25,6 Proz. zugenommen,
und zwar seien bestrift worden im Jahre 1882 30 000 jugendliche
Verbrecher, 1889 36 000, 1890 41 000, 1891 42 000 und 1892 46 000.
Seit 1892 sei dann aber wieder eine Abnahme zu verzeichnen.
Es seien bestrift worden im Jahre 1893 43 000, 1894 45 000,
1895 44 000, 1896 44 000 und 1897 45 000 jugendliche Verbrecher.
Die jugendliche Kriminalität sei also zur Zeit der dreißigjährigen Dienstzeit
dagegen. Die Höhe der jugendlichen Kriminalität liege zum
Theil wohl in der Entwicklung unserer sozialen Verhältnisse, zum
Theil aber auch in der ganz ungenügenden Handhabung der Straf-
justiz und Strafvollstreckung für jugendliche Verbrecher. Die Reichs-
justiz würde sich deshalb eine Heraushebung der Straflosigkeit auf
14 Jahre empfehlen. Ebenfalls der Erwägung wertig sei das amerikanische
System der Zwangsarbeit, namentlich für Kinder von Verbrechern.
Freilich würde das vielleicht Geld kosten, aber für so eminente
Kulturaufgaben müßte das Geld vorhanden sein. Man müsse, um
der jugendlichen Kriminalität entgegenzutreten, nicht den Corporal-
kodex und die Prügelstrafe empfehlen, nicht eine Beschränkung der
Freizügigkeit empfehlen, sondern eine gesunde soziale Kriminalpolitik
treiben. (Beifall links.)

Staatssekretär Dr. Nieberding: Was die von dem Redner
erwähnte Frage der Straflosigkeit anlangt, so kann ich die
beruhigende Erklärung abgeben, daß, sobald die Arbeiten, die mit
dem bürgerlichen Gesetzbuch verknüpft sind, zur Verabschiedung ge-
langt sind, die Vorarbeiten zu einer Vorlage in Angriff
genommen werden, die den Wünschen des Redners ent-
spricht. Die beiden Herren Redner sind ausführlich auf die
bedingte Verurteilung eingegangen und haben sich die Mühe ge-
geben, alle die Einwendungen, die gegen das Prinzip der bedingten
Verurteilung erhoben sind, zu widerlegen. Dies könnte nun in
dem hohen Hause beinahe den Eindruck erwecken, als ob diese Ein-
wendungen von uns erhoben worden sind. Das ist aber
durchaus nicht der Fall. Ich stimme ohne Weiteres den
Bemerkungen der beiden Redner über diese Ein-
wendungen bei, und glaube, daß auch die Reichsjustizverwaltung

dies thut. Schon vor einigen Jahren habe ich hier gesagt, daß
ich durchaus kein Gegner der bedingten Verurteilung bin, und im
Gegenteil ihre Vorzüge in moralischer, administrativer und
fiskalischer Beziehung durchaus anerkennen. Ich habe weiter gesagt,
daß keine der verbündeten Regierungen einen Grund zur prin-
zipiellen Generalsanktion habe und daß auch die Justizverwaltungen
der einzelnen Bundesstaaten auf denselben Boden ständen.
Wenn man aber die bedingte Verurteilung einführen will, so muß
dies auf dem Wege der Reichsgesetzgebung geschehen. Der Stand-
punkt der Reichsjustizverwaltung zu dieser Frage ist nun weder ein
prinzipiell ablehnender, noch ein dilatorischer. Im Gegenteil,
wir haben diese Frage selbst mit vollem Interesse verfolgt
und wünschen, daß wir zu einer abschließenden Regelung
kommen. Ich meine, schon die Thatsache, daß die einzelnen
Bundesregierungen — wie es ausdrücklich in der Ihnen vorgelegten
Denkschrift vorliegt — sich mit der verlässlichen Einführung
der bedingten Verurteilung befaßt haben, zeigt doch, daß die ver-
bündeten Regierungen sich ernsthaft der Regelung dieses Problems
angenommen haben. Wir wollen und keineswegs der endgültigen
Erledigung der Sache entziehen, meinen aber doch, daß man
gegenüber dem Drängen des Reichstages auf eine schleunige
legislative Erledigung vor Allem erst praktisch erwägen muß, wie
die Verhältnisse in Deutschland liegen. Seit 1895/96 haben die
meisten der deutschen Bundesregierungen aus eigener Initiative,
nicht gedrängt durch die öffentliche Meinung, eine veränderte
Regelung unternommen. Da wäre es doch nicht angebracht,
wenn die Reichsjustizverwaltung jetzt auf eine schleunige
Erledigung drängen wollte; das wäre nicht nur ausförmlich,
sondern auch unbillig. Das bitte ich, zu berücksichtigen, wenn man
und den Vorwurf macht, zu langsam vorzugehen. Die beiden Vor-
redner haben nach dem deutschen Sitte alles Licht auf das Ausland
und allen Schatten auf Deutschland verbleibt. Man meinte, u. a.
der belgische Justizminister habe das Verfahren außerordentlich
gelobt und den Erfolg als ganz zweifellos erklärt. Aber
doch im Jahre 1897 hat der belgische Justizminister
erklärt, daß man die gesetzgeberischen Wirkungen jetzt noch
nicht übersehen könne. Dies zeigt doch, daß man in Belgien
selbst noch nicht zu einem abschließenden Urteil gekommen
ist. Es sind auch die Erfolge in England gerühmt worden; aber
dort will man jetzt von dem englisch-amerikanischen System zu dem
belgisch-französischen System übergehen. Dies beweist doch nur,
daß man auch in England mit dem bisherigen Verfahren nicht
zufrieden ist. Man wünscht, daß Deutschland möglichst schnell vor-
geht, aber in Amerika entzweit sich erst ganz langsam ein Staat
nach dem anderen zur Einführung dieser Maßregel. Da kann man
es den verbündeten Regierungen doch nicht übel nehmen, wenn auch
sie recht vorläufig vorgehen. In Belgien haben in dem einen
Gerichtsdistrict 20 Proz. der Verurtheilten an dieser Verurteilung
teilgenommen, während in anderen Bezirken 56 Proz. zu der
Verurteilung gelangt, das zeigt doch deutlich an, daß der
Apparat nicht so funktioniert, wie er soll. In Belgien beziehen sich
übrigens neun Zehntel der Fälle auf Gefängnisstrafen und nur ein
Zehntel auf Gefängnisstrafen. Wenn wir aber eine Gesetzes-
vorlage machen, so wird sie niemals zu Gunsten der
Jüngeren ausfallen, die nur zu Gefängnisstrafen verurtheilt sind.
Der Kern der Sache muß doch sein, daß die Gefängnisstrafen
der Gefängnisstrafen eintreten. Die verbündeten Regierungen glauben
mit einiger Genauigkeit auf die Erfolge sehen zu können, die sie
bis jetzt schon mit der bedingten Begründung erzielt haben. Daß
diese ein Haacko erlösen habe, ist absolut unmöglich. Im nächsten
Jahre werden wir Ihnen eine vollständige Statistik für ganz
Deutschland machen, aus der Sie ersehen werden,
daß diese Einrichtungsmaßnahme gemacht und wünschenswert
gewirkt hat. Allmählich werden Sie auch die Richter mehr und mehr Sympathie
eingesprochen und es wird keine Depressen, sondern eine
Progression stattfinden. Es müssen aber erst genügende ab-
schließende Erfahrungen vorliegen, ehe wir uns zu einer
gesetzlichen Regelung entschließen können. Sie können da-
von überzeugt sein, daß auf Seiten der Regierungen
der beste Wille vorhanden ist. Ich bitte Sie, nicht in ungeduldiger
Eile die auf dasselbe Ziel gerichteten Wege der Regierung zu durch-
kreuzen. Wir müssen vorläufig vorgehen, wenn wir die Sache zu
einem günstigen Abschluß bringen wollen.

Abg. Dr. Gradnauer (Str.) bringt ein Dresdener Urteil zur
Sprache, welches auf dem klassischen Boden lässlicher Reaktion
genauhin ist und sozialdemokratische Flugblätterbetreiber betref-
fe. Hierüber habe das Landesgericht entschieden, daß auf Grund
einer Dresdener Polizeiverordnung die Polizei Strafmandate
verhängen könne für das Vertheilen von Wahl-Flug-
blättern zur Zeit der Wahl auf gewissen Straßen und
Plätzen Dresdens. Dieses Urteil habe ich im Widerspruch
mit der Reichsverordnung und dem Reichswahlgesetz, und die
damaligen Reichstagsverhandlungen lassen erkennen, daß man eine
solche Vertheilung des Rechts zur Flugblättervertheilung nicht
als möglich veranschlagt. Ein wichtiges Grundrecht des Volkes sei
hier verletzt worden aus dem Gefühl des Haßes heraus gegen das
allgemeine Reichstagswahlrecht. Mit solchen in der Form des
Rechts gekennzeichneten brutalen Gewaltthaten, wie man sie auch im
Kölnener Urteil gesehen habe, möge man nur fortfahren, die
Früchte werde man schon sehen. In Sachen herrsche die reine
Klassenjustiz.

Sachl. Generalstaatsanwalt Geh. Rath Häger: Auf die Einzel-
heiten der vom Redner angeführten Angelegenheiten kann ich
nicht eingehen. Daß die Maßnahmen der sächsischen Regierung
nicht die Zustimmung der Sozialdemokraten finden, dessen sind wir
uns vollkommen bewußt. (Beifall rechts.) Das Urteil des
Dresdener Oberlandesgerichts ist durchaus begründet und richtig,
sogar aus dem Grunde erkläre ich es dafür, weil es unter meiner
Zustimmung als Vertreter der Staatsanwaltschaft abgefaßt worden
ist. Im Uebrigen muß darüber des Näheren auszusprechen,
ist überflüssig und unendlich. Es ist ein richterliches
Urteil. Dasselbe kann in diesem hohen Hause nicht ange-
fochten werden, es steht diesem Hause an jeder thatsächlichen
und rechtlichen Möglichkeit, es anzufechten. (Lebhafter Zustimmung
rechts.) Darum habe ich gegen die Ausführungen des Redners
gegen dies Urteil nichts als eine kalte Zurückweisung.
(Lebhafter Beifall rechts.) Der Redner hat dann auch von einer
sächsischen Klassenjustiz gesprochen. Es thut mir leid, daß unter
dem Schilde einer gemißbrauchten Redefreiheit hier derartige
Behauptungen aufgestellt werden. (Lebhafter Beifall rechts.)
Großer anhaltender Lärm bei den Sozialdemokraten. Vicepräsident
v. Frege bittet vergebens um Ruhe. Abg. Liebknecht ruft
dem Redner zu: Sie mißbrauchen die Redefreiheit! Ich hoffe,

daß die Herren jetzt fertig sind. (Beifall rechts.) Ich bedaure,
daß es möglich war, über das Urteil eines Gerichts hier derartige
Ansprüche zu thun. (Lärm von den Sozialdemokraten: Warum
ist das Urteil nicht anders ausgefallen? Auf von rechts: Stille
da hinten!)

Vicepräsident v. Frege: Ich bitte die Herren, sich zum Worte
zu melden und dann zu erwidern, aber nicht den Redner zu unter-
brechen.

Sachl. Generalstaatsanwalt Geh. Rath Häger (fortfahrend):
Der Redner hat gesagt, daß das Urteil eine brutale Gewaltthat
gewesen sei. Das ist doch ein Mißbrauch der Redefreiheit. (Sehr
richtig! rechts.) Im Uebrigen habe ich zu weiteren Ausführungen
keine Veranlassung.

Abg. Wassermann (nl.): Ich möchte nur zwei kurze Fragen an
den Staatssekretär richten. Die erste Frage geht dahin: Wie weit
sind die Vorarbeiten wegen einer besseren Sicherung der Ansprüche
der Bauhandwerker gegeben? Es ist ja schon in Folge eines
Initiativantrages von mir seitens des preussischen Justiz-
ministers ein Gesetzentwurf ausgearbeitet und der Kritik
unterbreitet worden. Es hat sich an diese Kritik eine Fluth von
Gutachten und juristischen Monographien angeschlossen. Ich halte
diese Angelegenheit für sehr dringlich. Ich frage daher an, wie
weit die Vorarbeiten zu einer Vorlage gediehen sind.

Die zweite Frage bezieht sich auf das Pfandrecht an Binnen-
schiffen bezw. die internationale Anerkennung desselben. Bei ge-
wissen Strömen ist das Pfandrecht an Schiffen nur dann wirksam,
wenn es international anerkannt ist. Das ist sehr erheblich für
einen Gläubiger, der Geld auf Schiffe verleiht, denn wenn das
Schiff im Auslande mit Beschlag belegt wird, kann
er unter Umständen seine Forderung nicht geltend machen.

Auch die deutschen Handelskammern haben sich schon damit be-
schäftigt, so die Handelskammern von Duisburg und Hamburg.
Die letztere hat angeführt, daß diese internationale Regelung auch
für Seeschiffe wünschenswert sei. Nach der Ansicht, die der
Reichstagsrat erteilt hat, steht fest, daß auch seitens der ver-
bündeten Regierungen eine derartige internationale Aner-
kennung der Pfandrechte als wünschenswert erachtet wird.
Nun liegen ja Schwierigkeiten vor; es kommen verschiedene Strom-
gebiete in Frage, und bezüglich verschiedener Ströme,
die die Unterhandlung sehr schwierig. Anders liegt
die Frage bezüglich der Niederlande, und da ist naturgemäß das
Stromgebiet des Rheines von hervorragender Bedeutung. Dort
wäre es sehr wohl möglich, im Wege internationaler Verhandlungen
zu einem Abhluß zu gelangen. Ich frage den Staatssekretär, ob
diese Verhandlungen eingeleitet und wie weit sie gediehen sind.

Staatssekretär Nieberding: Es sei eine Kommission berufen
worden zur Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs zum Schutz der
Bauhandwerker. Der Entwurf sei vollendet und veröffentlicht
worden und habe eine sehr vielseltige Kritik hervorgeufen, in Folge
dessen sich die Kommission zu einer Umarbeitung entschlossen habe.
Die internationale Anerkennung des Pfandrechts der Binnenwasser-
schiffe gehöre zwar nicht in den Geschäftsbereich der Justizverwaltung, sie
werde es aber in jeder Art fördern helfen.

Abg. Dr. Bödel (Antl.) tadelt die Art der jetzigen Zwangs-
vollstreckung, der Pfändung, der Pfändereaktionen und die Inhaftung
der Berliner Pfandkammern. Auch müsse der Geschäftsbereich und
das Einkommen der Gerichtsvollzieher schärfer umgrenzt werden.
Der Gerichtsvollzieher sei fast kein Beamter mehr, sondern nur ein
Mandatär des Gläubigers.

Staatssekretär Nieberding: Die meisten der Beschwerden des
Redners werden abgeschwächt werden, wenn erst die im Vor-
jahre beschlossene Aenderung der Civilprozedur in Kraft ge-
treten sei. Im Uebrigen gehöre die Frage der Stellung der Gerichts-
vollzieher vor die Einzeltagung.

Abg. Veich (fr. Sp.) befürwortet folgende von ihm und
seinen Freunden eingebrachte Resolution:

Die verbündeten Regierungen zu eruchen, in Gemäßheit des
Reichstagsbeschlusses vom 22. März 1898 dem Reichstage noch in
dieser Session einen Gesetzentwurf, betreffend die Entschädigung
von solchen Verurtheilten, welche mit Unrecht Unter-
suchungshaft zu erleiden hatten, vorzulegen.
Die reichsgesetzliche Regelung dieser Frage sei unabwendbar,
nachdem die Entschädigung der unglücklich Verurtheilten endlich
durchgeführt worden. Verhaftungen beruhen oft auf gebilligten
Denunziationen und schädigen den Betroffenen schwer, weshalb die
Gerechtigkeit es erfordert, ihm den Schaden zu ersetzen. Er erwarte
noch in dieser Session einen Gesetzentwurf.

Abg. De Witt (Str.) bei der Umkehr des Hauses fast unver-
ständlich: Es sei erfreulich, daß der Staatssekretär trotz seiner
dilatorischen Einwendungen mit dem Grundgedanken der bedingten
Verurteilung einverstanden sei. Diese Einwendungen
könnten jedoch auch gegen die bedingte Begründung ein-
geführt werden. Der Werth der bedingten Begründung
sei nicht so groß, wie es hier dargestellt werde; Redner
führt mehrere Fälle aus der Praxis preussischer Amtsgerichte an.
Die moralischen Wirkungen der bedingten Verurteilung dagegen
seien so groß, daß sie unbedingt in Berücksichtigung gezogen werden
müsse. Der preussische Justizminister habe sich leider anders als
der Staatssekretär geäußert, prinzipielle Bedenken erhoben und
eine Schwächung der Staatsautorität befürchtet. Diese Be-
schränkung sei jedoch ganz grundlos.

Vicepräsident von Frege: Ich muß auf die Rede des Abg.
Dr. Gradnauer zurückkommen. Ich habe mir das Stenogramm
dieser Rede kommen lassen und daraus ersehen, daß der Herr Ab-
geordnete ein recht kräftiges Urteil eine brutale Gewaltthat genannt
hat. Diese Aeußerung ist unzulässig und ich ertheile dem Abg.
Dr. Gradnauer deshalb den Ordnungsruf. Den Herrn Bundes-
bevollmächtigten möchte ich dagegen darauf aufmerksam machen, daß
Mißbräuche der Redefreiheit nur von dieser Stelle aus zu thun
sind, was loben gebührt ist. Damit hat dieser Fall seine
Erledigung gefunden.

Staatssekretär Dr. Nieberding erwidert dem Abg. De Witt,
daß ihm die Einzelheiten, die der Abg. De Witt angeführt habe, nicht
bekannt seien, daß er aber bei preussischen Richtern voraussetzen,
daß sie nach Recht und Gerechtigkeit nach bestem Wissen und nicht
nach nebensächlichen Momenten urtheilen.

Hierauf wird die weitere Beratung auf Mittwoch 1 Uhr
verlagt. Schluß 5 Uhr.

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur Otto Reuß
in Karlsruhe.

Stimmen aus dem Publikum.
Karlsruhe, 20. Febr. Gewaltige Anstrengungen wurden in letzter Zeit von der Stadtgemeinde gemacht, um Handel und Verkehr in Karlsruhe zu heben und zu fördern zum Wohle sämtlicher Einwohner. So z. B. wurde in jüngster Zeit mit dem Bau der Eisenbahn in der Oststadt begonnen. Die Vorarbeiten für das Elektrizitätswerk und die Erweiterung der Straßenbahn sind im Gange. Unserer rührigen Gemeindeverwaltung gebührt hierfür die vollste Anerkennung. Es bedarf wohl nur einer Anregung, um einem längst gefühlten Bedürfnisse abzuhelfen, das zur Hebung des Verkehrs wesentlich beitragen dürfte und nebenbei gesagt geringe Opfer erfordern würde. Eine Anzahl größerer Orte, wie Wolfartsweier, Grünwettersbach, Hohenwettersbach, Palmbach etc., sind bis jetzt ohne direkte Straßenverbindung mit der sehr nahe liegenden Residenz geblieben. Infolge dessen wurde der Verkehr über Durlach resp. Ettlingen geleitet. Die Bewohner fraglicher Ortschaften sind somit genungen, ihre Einkäufe statt in Karlsruhe in diesen beiden Städten zu machen, ebenso ihre Produkte dort abzugeben zum Nachteil der Residenz. Die für die nahe gelegene Hauptstadt bestimmten großen Holz- und Steintransporte müssen von Wolfartsweier erst nach Durlach gebracht werden, um auf einem Umweg von 5-6 km nach Karlsruhe zu kommen. Welche große Summen im Laufe der Zeit durch den weiteren Transport an Straßenunterhaltungskosten, Pferdennahrung etc. verloren gehen, ist wohl jedem klar. Im Interesse des Staates sowohl als des Kreises sowie der beteiligten Gemeinden wäre Abhilfe dringend geboten. Den vielen Arbeitern aus jenen Gegenden, die gezwungen sind, in Karlsruhe Verdienste zu suchen, wäre die Anlage von höchstem Nutzen. Man hat ja aus diesem Grunde erhebliche Mittel aus der Gemeindefasse bewilligt für die Lokalbahn; was aber den einen recht, ist den anderen billig. Die Kosten würden nicht erheblich sein, weil ein großer Teil des bereits bestehenden Weges mitbenutzt werden könnte und die Staats- und Kreisfassen erhebliche Mittel bewilligen könnten, weil dieselben mit interessiert sind. Mit Freuden würden die in Frage kommenden Gemeinden außerhalb ihrer Scherlein zum Gelingen des Straßenbaues beitragen. Es wäre somit nur nötig, daß hierzu berufene Männer die Sache prüfen und in die Hand nehmen; der Rest aller wäre sicher.

Ans dem Kraichgau, 20. Febr. Freudig berührt hat die Erklärung der Direktion der Badischen Lokal-Eisenbahnen betreffs des Jahresplans der Bruchsal-Dudenheim-Neuzinger Eisenbahn. Wir fühlen uns verpflichtet, der Direktion für das freundliche Entgegenkommen unserer verbindlichsten Dank auszusprechen.

Rechtspflege.
Worheim, 20. Febr. Vergangenen Samstag wurde eigens zum Zweck, die Lehrgerburschen abzurufen, welche am 15. Januar abends der Schwere der Passanten waren und in trüben Lebermut jeden, ohne Unterschied der Person und des Geschlechts, niederschlugen, eine Schöffengerichts-Verhandlung abgehalten, welche mit 1/2stündiger Unterbrechung von morgens 9 Uhr bis abends 1/2 Uhr währte. Die Angeklagten, 18 bis 21jährige Burschen, J. Fr. Bühler aus Hohenheim, Karl W. Bürger aus Enzweilingen, Alb. Fr. Sautter aus Hohenheim, Karl Schüle aus Hohenheim, W. Fr. Kuppinger aus Mühlheim, Karl Kalmbach aus Leberberg und Eugen Anfried aus Wülber, wurden für ihre Thaten mit Gefängnisstrafen von 1 bis 10 Monaten bestraft.

Ämtliche Nachrichten.
Das Gesetz, und Verordnungsblatt Nr. 6 enthält ministerielle Bekanntmachungen und Bestimmungen, betreffend: den Staatsvertrag zwischen Baden und Württemberg im Jahre 1825 wegen Festsetzung der gegenseitigen Jurisdiktionsverhältnisse; die Ordnung für die Anlandstellen in Oberbad; die Hafenordnung für Adolfszell; die Ordnung für die Anlandstellen in Znnang, Gahlenhofen und Wangen.

Arzt und Wissenschaft.
Philipp Galen. In Potsdam starb in der Nacht zum 20. Februar nach kurzem schwerem Leiden der unter dem Pseudonym Philipp Galen bekannte Schriftsteller Oberleutnant a. D. Dr. Karl Lange im 86. Lebensjahre. Galen war in den vierziger Jahren einer der beliebtesten Erzähler, und bis in die siebziger Jahre blieben seine Romane in der Mode. Am bekanntesten ist sein vierbändiger

Roman „Der Ire von St. James“. Seit dem Erscheinen dieses Buches durfte Galen, der nach seinem ersten Erfolge eine große Anzahl von Romanen schrieb, in keiner Leihbibliothek fehlen. Bei seinen persönlichen Einkünften gehörte der Schriftsteller Galen jedoch längst zu den literarisch Toten.

Verschiedenes.
Graf Caprivi hat in dem auch von uns mitgetheilten Schreiben vom 5. März 1898, worin er dem Prof. Dr. Max Schmeidewitz in Garmisch seine Weigerung begründete, Erinnerungen zu veröffentlichen, die Verwendung gebraucht: „Lassen Sie mich an dem genug haben, wie der Ballensteiner Meier, wofür ich mich halte in meinem Herzen.“ Die Stelle, die der weiland Reichskanzler im Auge hatte, lautet im Zusammenhang:
Sagt selber! Kommt's nicht dem Herrn zugut?
Wenn sein Kriegsvolk was auf sich halten thut?
Wer anders macht ihn, als seine Soldaten,
zu dem großmächtigen Potentaten?
Verhofft und bewahrt ihm weit und breit
Das große Wort in der Christenheit?
Wegen sich die sein Joch aufhaben,
die mit ihm tafeln im goldnen Zimmer.
Wir, wir haben von seinem Glanz und Schimmer
Nichts, als die Müß' und als die Schmerzen,
und wofür wir uns halten in unserm Herzen.
Diese Worte spricht der „Erste Kurastler“ in Ballensteins Lager. Graf Caprivi scheint ihn besonders in sein Herz geschlossen gehabt zu haben.

Eisenbahn- und Dampferunfälle. In der Nacht zum 20. Februar, um 12 1/2 Uhr, fuhr laut amtlicher Mitteilung der Expresszug Köln-Berlin auf dem Essener Hauptbahnhof in einen rangierenden Zug hinein. Personen wurden nicht verletzt, dagegen sind drei Wagen des Rangierzuges vollständig getrimmert. Die Schuld an dem Unfall trägt außer der unvorsichtsmäßigen Handlungsweise eines Weichenstellers und Rangierers der dicke Nebel, der ein rechtzeitiges Erkennen der falsch gegebenen Signale unmöglich machte. Es handelt sich also hierbei um dieselbe Ursache, die das große Eisenbahnunglück bei Forst herbeiführte. — Auch vom Meere kommen noch Nachrichten über Unfälle, die durch die Unbilten der Witterung veranlaßt wurden. Eine Vlodzko-Depeche aus Galizien in Neuschottland meldet, daß der Dampfer „Italia“ der Hamburg-Amerika-Linie, von New-York nach Antwerpen unterwegs, mit eingeschlagenen Blenden am 18. d. M. dort einlief. Die Ladung im ersten, zweiten und dritten Zwischendeck war naß.

Im Zeichen des Verkehrs. Die „Magdeburger Zeitung“ eifert gegen den aus England und Frankreich nun auch nach Deutschland gelangten Gebrauch, die Bezahlung von Rechnungen durch den Bankier bewirken zu lassen. „Schon jetzt herrschen in der Geschäftswelt Unsaen, die geeignet sind, in gänzlicher Verleumdung des Zwecks der Banken, den Nutzen derselben, die Vereinfachung des Geldverkehrs, illusorisch zu machen. Während noch in den vier Jahren der Geschäftsmann mit seinen Kunden und Lieferanten unmittelbar verkehrte, glaubt sich heutzutage selbst die kleinste Firma etwas zu vergeben, wenn sie ohne Bankhaus arbeitet. So ist es gekommen, daß der Wust von Schreibern und Langweiligkeit sich im kaufmännischen Leben breit macht zu einer Zeit, wo sämtliche Behörden daran sind, mit ihm anzukämpfen. Zum Beweis folgendes Beispiel:

Gust.
Halle, 12. Januar 1875.
Herrn Gebr. Kleine, Magdeburg.
Inliegend überreiche ich Ihnen 415 M. zum Ausgleich Ihrer Rechnung vom 2. Januar und lasse mir Postchein als Quittung dienen.
Hochachtungsvoll!
Fr. Große.

Zeit.
Halle, 12. Januar 1899.
Herrn Zuorkommend u. Bereitwillig
Halle a. d. Saale.
Hiermit erlaube ich Sie, für meine Rechnung den Herrn Gebr. Kleine in Magdeburg 415 M. zu senden und mich unter Ausgabe dafür zu belassen.
Hochachtungsvoll!
Fr. Große.

Nr. 2.
Halle a. d. S., 12. Januar 1899.
Herrn Gebr. Kleine, Magdeburg.
Mit heutigem Tage lasse ich Ihnen durch mein Bankhaus, die Herren Zuorkommend u. Bereitwillig hier, 415 M. zugehen, welchen Betrag Sie unter gefl. Empfangsanzeige zum Ausgleich Ihrer Rechnung vom 2. Januar verwenden wollen.
Hochachtungsvoll!
Fr. Große.

Nr. 3.
Halle a. d. S., 18. Januar 1899.
Herrn Gebr. Kleine, Magdeburg.
Im Auftrage und für Rechnung des Herrn Fr. Große hier überreichen wir Ihnen anliegend 415 M., deren Empfang Sie uns und unserem Auftraggeber gefl. bestätigen wollen.
Hochachtungsvoll!
p. p. Zuorkommend u. Bereitwillig.
Halle a. d. S., 13. Januar 1899.

Nr. 4.
Herrn Fr. Große, hier.
Wir empfangen Ihr sehr geehrtes Schreiben vom 12. d. M. und danken aufrichtig dafür, daß die Herren Gebr. Kleine in Magdeburg 415 M. wofür wir Ihr werthes Konto Valuta p. dato belasteten. Wir halten Ihnen unsere Dienste angelegentlich empfohlen und zeichnen mit vorzüglicher Hochachtung
p. p. Zuorkommend u. Bereitwillig.
Halle a. d. S., 13. Januar 1899.

Nr. 5.
Herrn Zuorkommend u. Bereitwillig.
Halle a. d. S.
Wir empfangen Ihr geehrtes Schreiben vom 12. d. M. und danken aufrichtig dafür, daß die Herren Gebr. Kleine in Magdeburg 415 M., welchen Betrag wir zugunsten des Herrn Fr. Große dort verbuchten.
Hochachtungsvoll!
Gebr. Kleine.

Nr. 6.
Herrn Fr. Große, Halle a. d. S.
Wir bestätigen Ihnen hiermit den Empfang der aus durch Ihr Bankhaus, Zuorkommend u. Bereitwillig dort, gültig übermachten 415 M., welchen Betrag wir uns zum Ausgleich unserer Rechnung vom 2. d. M. dienen lassen.
Hochachtungsvoll!
Gebr. Kleine.

Sechs, sage sechs Briefe, um diesen einfachen Fall zu erledigen. Wir überlassen es, bemerkt hierzu das genannte Blatt, der Phantastie der Leser, sich das weitere bei komplizierter Sachlage auszumalen!

München, 10. Febr. In mehrere Augenklinten München sind am Nachmittag Patienten gekommen, die über Schmerzen in den Augen, Entzündungen etc. klagten, was auf das Confectinieren an Fastnachtsdienstag zurückzuführen ist. Teils sind Confectinierern selbst ins Auge gekommen, teils war es Sand, der mit vom Boden aufgerafften Confectin geworfen wurde, teils scheinen einfallige „Wige“ vorgekommen zu sein, indem ägende oder juckende Pulver mit den Confectin vermischt wurden.

Paris, 19. Febr. Der 60jährige Dozent der Pariser Rechtsakademie, Professor Garçonnet, unternahm eine Hochzeitsreise nach Brüssel. In der Station Feignies stürzte der kurzschichtige Herr die zum Abort führende Treppe hinab, fiel in den Keller und erlitt einen Schädelbruch. Der Leichnam blieb 3 Stunden unentdeckt. Man glaubte, der Professor sei in einen anderen Wagenabteil eingestiegen. Seine Frau setzte daher zunächst die Fahrt fort, lehrte aber nach Empfang der Depesche nach Feignies zurück und brachte den Leichnam des Gatten nach Paris.

Verantwortliche Redaktion: Otto Reuß in Karlsruhe, verantwortlich für den Anzeigenteil: Ludwig Vorau, beide in Karlsruhe.

Gestorben.
Halle a. d. S., 17. Febr. Luise Fischer, geb. Lehmann, 63 J.
Karlhanz, 17. Febr. Theresia Bach, geb. Dillberger, 88.
Lichtenhal, 19. Febr. Benedikt Fröhlich, Schmiedemeister, 37 J.
Fahrenau, 19. Febr. Joh. Gg. Krafft, 72 J.
Wannheim, 20. Febr. Anna Kath. Wagner, 83 J.
Ulffosen, 20. Febr. Ambros Spinner, Kalsbrenner.
Ettlingen, 20. Febr. Richard Barth, Buchdruckereibesitzer, 57 J.; Bertha Straub.
Hebrlingen, 20. Febr. Josefina Mäurer, geb. Bragmair.

Arbeitsvergebung.
Die Stadtgemeinde Schwetzingen vergibt auf dem Wege der öffentlichen Submission die Erd-, Planer- u. event. Ingenieurbauarbeiten für den Eisenbahn-Neubau in Schwetzingen. Pläne, sowie allgemeine und spezielle Bedingungen liegen vom 21. Februar an im Rathaus in Schwetzingen öffentlich auf und können beliebig beim Bürgermeisterei-Ämte Angebotsformulare in Empfang genommen werden.
1067.1
Angebote, in versiegelter Umschlag, sind längstens bis Freitag den 3. März d. J., unter der Aufschrift „Submission an Bauarbeiten“ an das Bürgermeisterei-Ämte Schwetzingen einzureichen.
Schwetzingen, den 18. Februar 1899.
Der Gemeinderat:
Sachter.

Bekanntmachung.
Bei der städtischen Gemeindeverwaltung soll ein Geschäft mit einem Anfangsgehalt von 600 bis 1000 Mark angekauft werden. Die Bewerber um diese Stelle sollen beidseitig, die Verwaltungsgeschäfte nach Anweisung selbstständig zu besorgen und schriftlich, orthographisch und calligraphisch richtig und auf zu begehrenden Bedingungen sind innerhalb 14 Tagen unter Vorlage von Zeugnissen über die obige Befähigung und eines Zeugniszeugnisses an das Bürgermeisterei-Ämte einzureichen. Persönliche Vorstellung wäre erwünscht.
1068.1
Schwetzingen, den 18. Februar 1899.
Gemeinderat:
Kaiser.

Ämtliche Bekanntmachung.
(Aus dem „Karlsruher Tagblatt“).
Die Vorname der Feuerhau in der Stadt Karlsruhe betr.
Wir bringen hiermit zur allgemeinen Kenntnis, daß in dieser Stadt in den Monaten März und April d. S. in den Gebäuden westlich der Wehndstraße mit Stadtteil Mühlburg die Feuerhau (Borschau) vorgenommen wird.
Hausbesitzer und Hausbewohner haben dem Feuerhauer den Eintritt in das Haus und die Befähigung aller Räume zu gestatten. (S. 6. Abf.).
Verordnung vom 21. XII 1898, die Feuerhau betreffend, § 114 St. G. B. (S. 6. Abf.).
Karlsruhe, den 9. Februar 1899.
Groß. Bezirksamt.
v. Rehart.

(Fingernagel-Plage)
489
Manicure H. Bieler,
Damenfrisur und
Verdammacher,
227 Kaiserstr. 227.

An die deutsche Schuljugend.
Gewiß habt ihr auch schon von den Bedrückungen gehört, die den Deutschen im Nordosten unseres Vaterlandes durch die Polen angefügt werden. Es ist leider Thatsache, daß das Polentum, unterstützt durch mächtige Einflüsse, die Oberhand zu gewinnen droht, und daß die Deutschen im eigenen Lande unterdrückt werden! Unsere deutsche Mutterprache verliert an Boden, die polnische Sprache breitet sich aus.
Deutsche Kinder leben oft ganz vereinzelt mitten unter polnischen und sind in Gefahr, selbst zu Polen gemacht zu werden, da Gottesdienst und Religionsunterricht polnisch sind. Vaterlandsliebende Männer haben darüber nachgedacht, wie der Noth unserer Brüder abzuhelfen wäre. Verschiedene Vorschläge wurden gemacht, von denen wir euch Deutschen Anaben und Mädchen namentlich einen ans Herz legen möchten.
Es ist beschloffen worden, in den bedrückten Gemeinden Deutsche Volks- und Jugendbüchereien zu errichten, welche belehrende und unterhaltende Schriften an unsere Volksgenossen ausleihen, damit sie sich nicht nur in unserer Mutterprache üben, sondern auch mit dem deutschen Geiste im Zusammenhang bleiben. Aber die Bevölkerung im Osten, die hart um das tägliche Brod zu kämpfen hat, ist viel zu arm, um solche Bücher selbst anzuschaffen, und auch die Mittel der hierfür wirkenden Vereine reichen für das riesengroße Bedürfnis nicht aus.
Deswegen werden in ganz Deutschland gebrauchte Bücher gesammelt und nach dem Osten geschickt. Auch ihr Anaben und Mädchen, die ihr dies lest, bewahrt gewiß manches alte Buch, das ihr ausgeliehen habt und entbehren könnt. Jedes Buch mit Geschichten oder Gedichten entspricht diesem Zweck. Ist der Inhalt waterländisch, so paßt es um so besser. Aber auch Beschreibungen von Reisen, Entdeckungen und Erfindungen können wir brauchen. Alle Schullehrer sind euch willkommen.
Frage! eure Eltern, ob ihr die Bücher dem gedachten Zweck widmen dürft, und wenn sie ja sagen, so bringt uns die Bücher. Schreibt vorher euren Namen und Wohnort hin, denn es wird die Kinder in der Heimat gewiß freuen und ihre Vaterlandsliebe stärken, wenn sie eure Namen lesen und sich überzeugen, daß selbst in so weiter Ferne deutsche Herzen für sie schlagen und gerne ein Scherlein zur Linderung ihrer Noth beitragen wollen.
1077.1
Die Bücher könnt ihr abgeben bei den Herren: Zahraus, Buchhandlung, Ede Kaiser- und Waldhornstraße; Arick, Buchhandlung, Kaiserstraße 167; Goldschmidt, Dr. und Professor, Vestingstraße 3 a; Secht, Bankier, Kriegstraße 29; Mayer, Otto, Drogeriegeschäft, Ede Kaiser- und Wilhelmstraße; Bäcker, Director, Seminar II, Mühlburgerstraße 29; Ammon, Otto, Hirschstraße 114. — Herzlicher Dank sei den Gebern zum voraus dargebracht!

Alldentscher Verband,
Ortsgruppe für Karlsruhe und Umgebung.
Vereinslokal: Mischungen. — Von Kennern bevorzugt.
Schepeler's Thee
Vereinigen Kraft, Fülle und Leichtigkeit, solches Aroma.
GEORG SCHEPELER, THEE-IMPORT, FRANKFURT A. M.
ROßMARKT 3 U. KL. HIRSCHGRABEN 2.
Beliebtester Preisliste kostenlos.
467.96

Eine frischschmeckende Pflaume im Winter
das haben Sie, gnädige Frau, in der geschätzten Pflaume von Max Müller, Gewürzschokolade, eine Wohlgeschmecke par excolencia nach einem ganz neuen Confectionierungsverfahren und nicht mit durchgelassenen Confectionen alter Artung zu vergleichen. Eine Pflaume des Winters, eine Ueberbahrung! Machen Sie einen augenblicklichen Versuch, Sie werden sich überzeugen, daß Sie in allen Delicatsbhandlungen oder vom Generalvertreter: Gust. A. Schmidt, Karlsruhe, 824.1

„Laut aufschreien und jauchzen vor Freude“
thut kein Kennchen“ — schreibt ein Familienvater — „wenn Mama mit dem Ademann-Käsechen aus Bettchen kommt. Das macht der köstliche Natur- und Wohlgeschmack von Ademann's Kindernahrung. Versuchen Sie es trotz allem Mißtrauen einige mal, da die billige Volkspflaume zu 30 Pf. überall zu haben ist. 164 Gutasagen ärztlicher Autoritäten.
Generalvertreter: Gustav A. Schmidt, Karlsruhe, 824.1

Ph. Bader, Karlsruhe,
Amalienstraße 59. Telefon 256.
Kohlen, Koks, Brikets, Holzkohlen, Brennholz.
Beste Qualitätsware. Pünktlichste Bedienung.

Fahrräder.
Eine Partie zurückgeführte Fahrräder von voriger Saison, sowie einige gebrauchte sind zu bedeutend ermäßigten Preisen unter vollständiger Garantie zu verkaufen.
1043.5.1
H. Voigt, Adlerstraße 9
(kein Laden).

Burk's China-Weine.
Analyse im Chem. Laborator. der Kgl. würt. Centralstelle für Gewerbe und Handel in Stuttgart.
— Von vielen Ärzten empfohlen. —
In Flaschen à ca. 100, 200 und 300 Gramm. — Die grossen Flaschen eignen sich wegen ihrer Billigkeit z. Kursobertrah.
Burk's China-Malvasier, Mit edlen Weinen bereite Appetit erregende, allgemein kräftigende, nervenstärkende und Blutbildende diätetische Präparate von hohem, stets gleichem und garantiertem Gehalt an den wirksamsten Bestandtheilen der Chinarinde (China etc.) mit ohne Zugabe von Eisen.
Burk's Eisen-China-Wein Wohlgeschmeckend u. leichtverdaulich. In Flaschen à M. 1.—, M. 2.— und M. 4.50.
Man verlange ausdrücklich: Burk's China-Malvasier, Burk's Eisen-China-Wein und besitze die Schutzmarke, sowie die jeder Flasche beigelegte gedruckte Beschreibung.
Zu haben in den Apotheken

Lungenkrankheiten.
welche Dr. Rechner's Heilmittel als Obedorador aufsucht u. wolle, werden gebeten, bald zu kommen, da die Uebergangszeit vom Winter zum Frühling die gefährlichste für Lungenkrankheiten ist.
858.4.2

Überzeugen Sie sich, dass meine Deutschland-Fahrräder die besten und dabei die allerbilligsten sind. Wiedervertreter gesucht. Haupt-Katalog gratis & franco. August 1. Stück an Joh. Einbeck Deutschlands größtes Special-Fahrrad-Versand-Haus.
854.72.6

Honig.
Frühen garantiert reines ungeräuchertes Honigbrot, die 10 Pf. Dose zu 6.50 Mfr. franco A. Stein-kamp, Antwerp in Gloggenburg, 594.41.13

Einen thätigen jungen Kaufmann,
der die Correspondenz und Buchführung gut versteht, in ein Federadgeschäft gesucht.
950.8.3
Für solide junge Leute neben ihre Offerten und Kenntnisse an Fahrnachbandlung M. Krüger, Mannheim, Q. 1, Nr. 1, laden.

Lebige Ornamentenklemmer
sind gegen beider Lohn
783.5.3
Fischer & Sohler,
Zinornamentenfabrik
Mannheim.

Wien 500 G., Mannheimer Gummi 106 1/4 G. (+ 1/4), Mannheimer Lagerhaus 105 G.

Mannheim, 21. Febr. (Getreidebörse) Die amerikanischen Forberungen waren heute 1 bis 2 pro Tonne höher, begründet durch die Abnahme der sichtbaren Vorräte. Hier war die Stimmung ruhig. Preise per Tonne c/o Rotterdam: Saxonka M. 145 bis 145 1/2, Südrussische Weizen M. 128 bis 140, Kanfas I. M. 129, Kanfas II. M. 130 1/2, Redwinter M. 133 1/2, Milwaukee M. 138, Neuer La Plata M. 129 bis 135, Februar-Mais M. —, Russischer Roggen M. 116 bis 120, Weizen-Roggen M. 120, Mais mired M. 80 bis —, La Plata-Mais M. 88 bis —, Russische Futtergerste M. 95, Weißer amerikanischer Hafer M. 120, Russischer Mittelhafer M. 116 bis 118, Prima russischer Hafer M. 120 bis 133.

Frankfurt a. M., 21. Febr. (Abendbörse) Kreditaktien 231.40, 30, 40 b. Diskontokomm. 201.90 b. Handelsbank 167.90 b. Darmstädter 165.20 b. Deutsche 215.50 b. Wiener Bankverein 141 b. Oester.-Ungar. Bank 154 b. Berliner Bank 116.40 b. Staatsbahn 152.50, 70 b. Lombarden 30.40 b. Gotthard 144.20 b. Jura-Simplon 88.10 b. Central 141.90 b. Nordost 100.20 b. Union 78.20 b. Mittelmeer 110.80, 70 b. Nordb. Lloyd 116 b. Friedrichshütte 170.40 b. Gelsenkirchener 190.30 b. Harpener 185.05 b. Oberthale 170.40 b. 183.50 b. Westereisen 220.90, 20 b. Bad. Zucker 53.40 b. Edison 304 b. Bahmeyer 195.50 b. Schindler 245 b. Chem. Mannheim 179.50 b. Goldberger 198.25 b. Sächser 105.50 b. Gilpert 129.50 b. Elektr. Zürich 145 b. Helios 170.90 b. Zellstoff Dresden 122 b. Schwoerer 216.25 b. Caro-Gesellschaft 153.50 b. Italiener 96.20 b. Portugiesen 27.10 b. Spanier 54.80 b. Türken C 28.40 b. Argentinier 72.80 b. 1898er Mexikaner 40.80, 70 b.

Frankfurt a. M., 21. Febr. (Börsenbericht) Die heute erfolgte Herabsetzung des Diskontokontos um 1/4 Proz. hat der Börse keine Anregung gegeben. Einerseits hatte man auf eine Ermäßigung des Diskontos bestimmt gerechnet, andererseits haben sich diejenigen entäußert, welche glaubten, daß die Bank gleich um ein volles Prozent zurückgehen würde. Auch von Wien gingen teilweise Notierungen ein, sowohl für Kreditaktien, weil ungünstige Bilanzdetails erwartet werden, als auch für Eisenbahnaktien, wofür das Uebereinkommen der Regierung mit der Nordbahn betreffs Einstellung gewisser Ausgabungen in der Betriebsrechnung verantwortlich gemacht wurde. Infolge dessen war auch hier die Stimmung nicht besonders günstig. Fest lagen nur Kohlen- und Elektrizitätsaktien, auch Spanier waren anfangs fest, später etwas matter, andere Fonds zumteil auch schwächer. Banatien ruhig, ebenso Schweizer Bahnen, österreichische teilweise niedriger. Northern auf die etwas schlechtere Einnahme matter. Henri fest. Geld war nicht gerade flüssig. Privatdiskonto 3/4 Proz.

Berlin, 21. Febr. Spiritus 50er —, 70er 39.80. London, 21. Febr. (Metallbörse) (Schlußnotierungen) Kupfer Chile-Bars cash 71 1/2, do. 3 Monate 71 1/2. — Zinn Straits cash 106 1/2, do. 3 Monate 105 1/2. — Blei spanisch 14 1/2, do. englisch —. Zinn ordinary brands 28. —, do. Special brands —. Rotterdam, 21. Febr. Binj Banka prompt fl. 63 1/2. Glasgow, 21. Febr. Kohlen. (Schluß) Mixed numbers war. 54 Sh. 6 1/2 d. London, 21. Febr. Silber 27 1/2. Amsterdam, 21. Febr. Roggen für Okt. 125. Magdeburg, 21. Febr. (Bücherbericht) Kornader engl. von 88 Proz. —, neue —, Kornader engl. 88 Proz. Rendem. 10.45—10.60. —, neue —, Nachprod. engl. 78 Proz. Rendem. 3.35—3.55. Stetig. Brottraffik. 1. 23.75. —, Brottraffik. 2. 23.50. Raffinade mit 3/4 23.62 1/2—24. —, Gen. Weiss l. mit 3/4 23. —, ruhig. Roggen 1. Produkt Transito f. a. B. Hamburg für Februar 9.70 — G. 9.67 1/2. —, für März 9.70 G. 9.67 1/2. —, für Mai 9.80 G. 9.77 1/2. —, für August 9.97 1/2 G. 9.95. —, für Oktober-Dezember 9.32 1/2 G. 9.80. Stetig. Hamburg, 21. Febr. Kaffee good average Santos. (Schlußkurs) für März 30 1/2 Pf., für Mai 31 Pf. Liverpool, 21. Febr. (Baumwolle) Schlus. Tageseinfuhr 28 000, Umfatz 7000 B. Gedrückt. Surats 1/2 niedriger.

2. Baden-Baden, 20. Febr. Der hiesige Vorschauverein, G. m. u. G., welcher seinen Geschäftsbericht für das Jahr 1898 — dreihundertes Geschäftsjahr — ausgiebt, schlägt zur Verteilung des 34 775 M. betragenden Nettgewinnes eine Dividende von 6 Proz. für die dividendenberechtigten Geschäftsguthaben vor; außerdem sollen dem Reservefond 7680 M. zugewiesen werden. Letzterer hat jetzt die Höhe von 197 380 M. erreicht. Das eigene Vermögen des Vereins beträgt 574 584 M. Der Verein zählt 817 Mitglieder. Bei der nächsten Generalversammlung, die am 27. d. M. stattfindet, kommt auch ein Antrag des Aufsichtsrats über die Errichtung einer Ruhegehaltskasse für die Beamten des Vereins zur Beratung, auf dessen Annahme umso mehr gerechnet werden kann, als bei der Generalversammlung im Vorjahre aus der Mitte der Versammlung selbst für dieses Projekt lebhaft eingetreten worden ist.

Wien, 22. Febr. Der Verwaltungsrat der österreichischen Kreditanstalt beschloß auf Antrag der Direktion, der Generalversammlung vorzuschlagen, für 1898 eine Dividende von 16 Gulden österreichischer Währung pro Aktie zu verteilen, die außerordentlichen Reservefonds mit 250 000 Gulden zu dotieren und den verbliebenen Rest des Gewinnes von ca. 184 000 Gulden auf neue Rechnung vorzutragen. Der Reingewinn pro 1898 beträgt 4 632 000 Gulden, der Gewinn aus Konfiskationsgeschäften, soweit am 31. Dez. 1898 abgerechnet, ist in das zu verteilende Jahresergebnis einbezogen. An Konfiskationsgeschäften sind 1898 abgerechnet und deren Resultat in die Bilanz aufgenommen: 3/4 Proz. österreichische Investitionsrente, 4 Proz. Ferdinand-Nordbahn-Prioritäten, 4 1/2 Proz. Gungl'sche Obligationen. Noch nicht abgerechnet sind: 3/4 Proz. ungarische Investitionsrente, 4 Proz. Südbahn-Prioritäten, 3/4 Proz. Mineralöl-Konfiskationsaktien, Mühlen- und Holzindustrie-Gesellschaft-Aktien, Hohenberger Patronenfabrik-Aktien, Simeonfabrik-Aktien, Providentia's Allgemeine Versicherungsgesellschaft-Aktien und Naphtaindustrie-Gesellschaft-Aktien.

Verschiedenes.

Hamburg, 21. Febr. Die Photographen Wilke und Prieser sind vom Landgericht endgültig verurteilt worden, die an der Leiche Bismarck's gemachten Aufnahmen zwecks Verächtlichmachung an die Familie Bismarck auszuliefern.

Drahtberichte.

Berlin, 22. Febr. Der Berl. Börsenkurier meldet: An das Reichsfinanzamt und die Seehandlung wurden gestern von der Deutschen Bank auf die übernommenen 200 Millionen Mark einheimische Anleihe ca. 90 Millionen in Chefs auf die Reichsbank bezogen. Der Geldmarkt hatte durch die Entnahme des bedeutenden Betrages eine unmitttelbare Einwirkung nicht erfahren.

Königsberg, 22. Febr. Die Strafkammer des hiesigen Landgerichts verhandelte gestern gegen den verantwortlichen Redakteur der Königsberger „Volkstimme“, Kalutt, wegen eines Artikels über das deutsch-englische Abkommen. Der Gerichtshof erblide in dem Artikel eine schwere Beleidigung der deutschen Regierung resp. des Reichskanzlers und verurteilte Kalutt mit Rücksicht auf seine Vorstrafen zu 6 Monaten Gefängnis. Der Antrag des Staatsanwalts hatte auf 9 Monate gelaufen.

Köln, 22. Febr. Die hiesige Strafkammer verurteilte den Chefredakteur der „Kölnener Zig.“, G. Goldbeck, wegen Verleumdung des Oberpräsidenten, begangen durch einen Artikel in der „Kölnener Zig.“, betitelt „Die starke Regierung“, zu zwei Monaten Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte drei Monate beantragt. Oberpräsident v. Bismarck-Wilmsdorf wurde als Zeuge vernommen.

Brüssel, 22. Febr. Der Herzog von Orleans war bei seiner Ankunft hier nur von zwei Kammerdienern begleitet und wurde auf dem Bahnhofe von dem Herzog von Lunas empfangen.

Madrid, 22. Febr. (Senat) Almenas nimmt die gestrige Debatte wieder auf und klagt General Linarez des Verrats an, weil er die Unterzeichnung der Kapitulation von Santiago anbot. Montero Rio's erhebt hiergegen Einspruch. Der Herzog von Tetuan erklärt, die Armee sei nicht überwinden, sondern den Gegnern ausgeliefert worden. Almenas ruft: Die Schuldigen sind die Führer. (Lärm.) Campos verteidigt Linarez und erklärt, er glaube nicht, daß Almenas es wagen würde, seine Anschuldigungen außerhalb des Senats zu wiederholen. (Neuer Lärm.) Almenas will sprechen, wird aber vom Präsidenten verhindert. (Bewegung und ungläublicher Lärm.) Der Ministerpräsident erhebt sich und beendert die Haltung Almenas. Die Sitzung wird geschlossen.

Petersburg, 22. Febr. Das Ministerium des Aeußeren erhielt vom Gouverneur von Jenissei folgende, aus Krasnojarsk vom 20. cr. datierte Depesche: Die Mitteilungen des Blattes „Jenissei“ bezüglich der Expedition Andreev's bestätigen sich, wie die von dem Inspektor der Minen an Ort und Stelle vorgenommene Untersuchung ergab, nicht.

Bombay, 21. Febr. (Neuter) Der Sultan von Maskat widerriess die Abtretung einer Kohlenstation an Frankreich infolge der Drohung des englischen Admirals mit Beschießung. Die englischen Kriegsschiffe „Ceipho“, „Sphinx“ und „Redbreast“ liegen im Hafen. Der Sultan ließ die Proklamation, worin er den Widerruf, sowie den Grund dafür mittelst öffentlich angeschlagen und gab eine gleichlautende Erklärung in öffentlichem Durbah ab. Der französische Konful erbob Protest. In Maskat herrscht völlige Ruhe. Von den Eingeborenen wurde die Proklamation beifällig aufgenommen.

Manila, 22. Febr. Die Aufständischen haben, wie die „Times“ melden, durch die Zurückziehung der amerikanischen Vorposten ermutigt, in der Nacht zum 20. Februar unausföhrlich in der Nähe von St. Pedro und Mascati geschossen, mehrere Geschosse drangen bis in das Generalquartier des Generals King. Die große Anzahl der Feinde, die man in nöthiger Richtung bemerkt, läßt darauf schließen, daß die Aufständischen einen Angriff auf die Division des Generals Mac Arthur planen.

Der Präsidentenwechsel in Frankreich.

Paris, 22. Febr. Die deutsche Abordnung zur Leichenfeier Faures traf gestern nachmittags 6 Uhr hier am Nordbahnhofe ein und wurde dort u. a. von Major Nicolas vom Militärstaab des Präsidenten empfangen. Nach der Begrüßung begab sich die Abordnung nach der deutschen Botschaft.

Paris, 22. Febr. Der Ministerrat hat beschloffen, daß die öffentlichen Bureau, Schulen und die Börse am Donnerstag, dem Tage des Begräbnisses Faures, geschlossen bleiben.

Die Botschaft des Präsidenten Loubet.

Paris, 22. Febr. Die Botschaft des Präsidenten Loubet wurde gestern in Kammer und Senat verlesen. Sie hat folgenden Wortlaut: Meine Herren Senatoren! Abgeordneten! Zu der ersten Würde des Landes berufen, bedarf ich für die Erfüllung der hohen Pflichten, die diese mir auferlegt, die Mitwirkung des Senates und der Abgeordnetenkammer. Ich erlaube Sie um diese Hilfe, und ich bin sicher, daß sie mir nicht fehlen wird. Sie können, meine Herren, auf die Festigkeit meines Charakters zählen, und alle meine Kräfte werde ich aufwenden, um die Verfassung zu hüten. Sie haben dafür ein Unterpfand an meiner unerschütterlichen Hingabe an die Republik. Die ordnungsgemäß erfolgte Uebertragung der Gewalten, die einige Stunden nach dem plötzlichen Tode unseres geliebten und bewaunerten Präsidenten Felix Faure vor sich gegangen ist, war in den Augen der ganzen Welt ein neuer Beweis der Treue Frankreichs zur Republik, in einem Augenblick, wo einige Verirrte versuchten, das Vertrauen des Landes in seinen Einrichtungen zu erschüttern. Die Nationalversammlung hat in klarer Weise am 18. Februar ihren Wunsch ausgedrückt, die Ruhe in den Gemüthern und die Einigung aller Republikaner zu bewerkstelligen. Den Grundfögen der französischen Revolution und dem Heime der Freiheit lebendiglich zugethan, werde ich es als meine beständige Sorge betrachten, das Parlament in diesem notwendigen Werke der Aufrechterhaltung und der Einigung zu unterstützen. Im Laufe der vorübergehenden Schwierigkeiten, die wir durchgemacht haben, hat Frankreich durch seine Kaltblütigkeit, durch die Würde und den Patriotismus des Parlaments sein Ansehen in der Welt vergrößert. Deshalb soll man nicht hoffen, daß diese Einigkeit sich auch auf unferere inneren Angelegenheiten ausdehnen werde? Besteht diese Einigkeit nicht im Lande? Besteht der geringste Zweifel an der Nothwendigkeit, die Organisation der Gesellschaft zu achten, Achtung zu haben vor den Kammeren, die über die Gesetze beraten, vor den Richtern, die sie ausüben, vor der Regierung und vor der Landesarmee, die die Unabhängigkeit und die Interessen des Vaterlandes verteidigt? Diese Armee, die das Land liebt und die zu lieben es Ursache hat, weil die ganze Nation in der Armee dieselben Pflichten der Selbsterleugnung und Disziplin erfüllt und weiß, daß sie in der Armee eine treue Hüterin ihrer Ehre und der Gesetze finden wird. Frankreich, das seiner selbst sicher ist, wird mit Ruhe an der Lösung derjenigen Aufgaben arbeiten können, die das Wohl der Bürger gewährleisten auf dem Gebiete des Gedankens, der Wissenschaft, der Künste, des wirtschaftlichen Lebens in allen Formen, der Landwirtschaft, des Handels und Gewerbes. Seien wir gegen uns selbst gerecht und vergessen wir nicht, daß Frankreich immer dieselbe Liebe an den Tag gelegt hat für den Fortschritt, für die Gerechtigkeit und für die Humanität. Frankreichs gloriose Vergangenheit bildet eine Erbschaft, die wir ausdehnen müssen. Die Republik hat Frankreich freie Einrichtungen gegeben und ihm die unschätzbaren Wohlthaten eines ununterbrochenen Friedens eröffnet. Sie hat die Wunden Frankreichs verbunden, seine Armee und Marine wieder ausgerichtet, ein großes Kolonialreich gegründet, den öffentlichen Unterricht in allen Graden ausgebaut, Bündnisse und feste Freundschaften erobert und einen unüberbahren Aufschwung in den sozialen Werten der gegenseitigen Unterthügung und der Fürsorge für das unbediente Gend hervorgerufen. Sagen wir diese Worte aus! Ich werde mich glücklich schätzen, wenn ich durch eine ununterbrochene Arbeit, die ich nicht scheuen werde, und in den Grenzen der Verfassung, die ich unter meinen Händen nicht abschwächen lassen werde, dazu beitragen, unsere Hoffnungen zu verwirklichen und die Republik zu stärken. Die Kammer war überfüllt. Die Verlesung der Botschaft durch den Ministerpräsidenten Dupuy wurde mehrmals vor Beifall unterbrochen, der sich beim Schluße anhaltend wiederholte. — Vertauq beantragte, die Lesung der am Donnerstag folgenden Botschaften auf Freitag zu verschieben, da die Börse am Donnerstag geschlossen sei. Der Antrag wurde genehmigt. Die Kammer vertagte sich bis Freitag.

erschüttern. Die Nationalversammlung hat in klarer Weise am 18. Februar ihren Wunsch ausgedrückt, die Ruhe in den Gemüthern und die Einigung aller Republikaner zu bewerkstelligen. Den Grundfögen der französischen Revolution und dem Heime der Freiheit lebendiglich zugethan, werde ich es als meine beständige Sorge betrachten, das Parlament in diesem notwendigen Werke der Aufrechterhaltung und der Einigung zu unterstützen. Im Laufe der vorübergehenden Schwierigkeiten, die wir durchgemacht haben, hat Frankreich durch seine Kaltblütigkeit, durch die Würde und den Patriotismus des Parlaments sein Ansehen in der Welt vergrößert. Deshalb soll man nicht hoffen, daß diese Einigkeit sich auch auf unferere inneren Angelegenheiten ausdehnen werde? Besteht diese Einigkeit nicht im Lande? Besteht der geringste Zweifel an der Nothwendigkeit, die Organisation der Gesellschaft zu achten, Achtung zu haben vor den Kammeren, die über die Gesetze beraten, vor den Richtern, die sie ausüben, vor der Regierung und vor der Landesarmee, die die Unabhängigkeit und die Interessen des Vaterlandes verteidigt? Diese Armee, die das Land liebt und die zu lieben es Ursache hat, weil die ganze Nation in der Armee dieselben Pflichten der Selbsterleugnung und Disziplin erfüllt und weiß, daß sie in der Armee eine treue Hüterin ihrer Ehre und der Gesetze finden wird. Frankreich, das seiner selbst sicher ist, wird mit Ruhe an der Lösung derjenigen Aufgaben arbeiten können, die das Wohl der Bürger gewährleisten auf dem Gebiete des Gedankens, der Wissenschaft, der Künste, des wirtschaftlichen Lebens in allen Formen, der Landwirtschaft, des Handels und Gewerbes. Seien wir gegen uns selbst gerecht und vergessen wir nicht, daß Frankreich immer dieselbe Liebe an den Tag gelegt hat für den Fortschritt, für die Gerechtigkeit und für die Humanität. Frankreichs gloriose Vergangenheit bildet eine Erbschaft, die wir ausdehnen müssen. Die Republik hat Frankreich freie Einrichtungen gegeben und ihm die unschätzbaren Wohlthaten eines ununterbrochenen Friedens eröffnet. Sie hat die Wunden Frankreichs verbunden, seine Armee und Marine wieder ausgerichtet, ein großes Kolonialreich gegründet, den öffentlichen Unterricht in allen Graden ausgebaut, Bündnisse und feste Freundschaften erobert und einen unüberbahren Aufschwung in den sozialen Werten der gegenseitigen Unterthügung und der Fürsorge für das unbediente Gend hervorgerufen. Sagen wir diese Worte aus! Ich werde mich glücklich schätzen, wenn ich durch eine ununterbrochene Arbeit, die ich nicht scheuen werde, und in den Grenzen der Verfassung, die ich unter meinen Händen nicht abschwächen lassen werde, dazu beitragen, unsere Hoffnungen zu verwirklichen und die Republik zu stärken. Die Kammer war überfüllt. Die Verlesung der Botschaft durch den Ministerpräsidenten Dupuy wurde mehrmals vor Beifall unterbrochen, der sich beim Schluße anhaltend wiederholte. — Vertauq beantragte, die Lesung der am Donnerstag folgenden Botschaften auf Freitag zu verschieben, da die Börse am Donnerstag geschlossen sei. Der Antrag wurde genehmigt. Die Kammer vertagte sich bis Freitag.

Zu der Sitzung des Senats verlas Justizminister Lebret die Botschaft des Präsidenten Loubet, die mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde. Bissiereil legte den Bericht der Kommission für die Vorlage, betreffend das Revisionsverfahren, vor. Der Senat bewilligte debatteloes einstimmig den Kredit für die Leichenfeier Faures. Sodann wurde ein provisorisches Budgetentwurf bewilligt und die Sitzung geschlossen.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Reus. für den Anzeigentheil: Ludwig Vorbach in Karlsruhe.

Konkurrenzfirmungen. Oskar Rehn, Kaufmann in Durlach. Gründungstermin 20. Febr. Anmeldefrist-Ablauf 15. März. Prüfungstermin 22. März.

Geboren. Karlsruhe, 16. Febr. Maria Margaretha, v. Franz Mayer, Kaufmann; Hildegard, v. Hermann Aulow, Bismarckmedal. — 18. Febr. Willi Hermann, v. Karl Gallion, Lokomotivheizer; Elisabeth Katharina, v. Ludw. Schwarz, Wirt; Adam Rudolf, v. Johannes Heib, Flechner; Franz Kaver, v. Karl Adolf Müller, Schreiner.

Gestorben. Karlsruhe, 19. Febr. Anna, v. + Raimund Müller, Eisenbahnschaffner 3 M. 21 J.; Rudolf, v. Eduard Stöcker, Schuhmann, 3 J.; Elisabeth Schaeferflug, Nagelschmiedwittve, 83 J.; Luise Weber, Amtsdienerswittve, 72 J.; Alexander, B. Franz Thoma, Privatiers-träger, 3 J. — 20. Febr. Philipp Jakob Moses, Schreiner, 58 J.; Franz Schuster, Hausdiener, 27 J.; Wilhelm Densel, Restaurateur, 40 J. — 21. Febr. Emilie Freifrau v. Kagened, Oberforstrats- und Gr. Kammerhermawittve, 78 J.

Abonnement auf die Zinal täglich erscheinende Bad. Landeszeitung 85 Pfg. mit täglichem Unterhaltungsblatt und Verlosungsbeilage für den Monat März.

Ueber Land und Meer. Heft VI schreibt 1894 No. 11: Das Eucalyptus-Mundwasser der Königlichen Hoflieferanten J. F. Schwarzlose Söhne, Berlin, Markgrafenstr. 29, hat sich als das angenehmste, zuträglichste und sparsamste bewährt. Vorrätig in jedem besseren Parfümerie-, Drogen- und Coiffeurgeschäft. 907.1

Frankfurter Börsenkurse vom 21. Februar 1899.

Table with multiple columns listing various securities, bonds, and exchange rates. Columns include 'Staatspapiere', 'Rente', 'Kredit', 'Börsen', 'Obligationen', 'Kurs', 'Zins', etc. The table is dense with numerical data and abbreviations.

